

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.



Die Landtags-Eröffnung.

Unter unangenehmlich lebhafter Beschäftigung der Mitglieder beider Häuser des Landtages hat heute die feierliche Eröffnung der neunundfünfzigsten Legislaturperiode im Wägen Saale stattgefunden. Das Cerimoniel war in mehreren Punkten von dem bei der jüngsten Reichstags-Eröffnung verschieden, indem der Vorantritt des Regenten diesmal unterblieben war. Die Eröffnung wurde von dem Reichspräsidenten geleitet. Die Landtagsmitglieder erschienen in zwei Klassen, die erste Klasse waren vollständig erschienen, die zweite Klasse war nur zum Theil erschienen. Die Landtagsmitglieder erschienen in zwei Klassen, die erste Klasse waren vollständig erschienen, die zweite Klasse war nur zum Theil erschienen.

Erlauche, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Während bereits bei Meiner Regimentsantritt der Landtag der Monarchie von Meiner Thron vermisst gewesen ist, begrüße ich Sie heute bei dem Beginn einer neuen Legislaturperiode. Sie haben Ihre Arbeiten um so freudiger annehmen, als die Beziehungen des Reichs zu allen auswärtigen Staaten günstiger sind, und ich bei Meiner Thronversteigerung die Hoffnung auf fernere Erhaltung des Friedens mit Vertrauen hingeben dürfen.

Die Segnungen des Friedens zeigen sich in erfreulicher Weise bei der Erhebung der wirtschaftlichen Lage der Provinzen und der arbeitenden Klassen, wie solche insbesondere in der letzten Jahresperiode durch die günstigen Einlagen zu Tage traten, welche sich im Laufe des letzten Jahres mehr als verdoppelt haben, indem sie auf etwa 200 Millionen gestiegen sind, um mehr als 200 Millionen allein im letzten Jahre.

Die Finanzlage des Staates ist nach dem Abschlusse des letzten Jahres den bisherigen Ergebnissen des laufenden Rechnungsjahres eine günstige. Sie gestattet, das Ziel der Erleichterung der Steuern, Meinem den Landtag bereits kundgegebenen Plan gemäß, weiter zu verfolgen und dringliche Bedürfnisse, welche wegen der Unzulänglichkeit der vorhandenen Mittel nicht erfüllt werden konnten, zu befriedigen.

Der Entwurf des Staatshaushalts-Etats für das nächste Jahr wird Ihnen alsbald vorgelegt werden. Es werden daraus ersicht, daß die mit Vorzicht veranschlagten Staatseinnahmen zureichend sind, um den neuen oder erhöhten Ausgaben zu entsprechen, welche außer für die unumgänglichen Bedürfnisse des Staatshaushalts im Interesse von Kunst und Wissenschaft, zur Verbesserung und Erweiterung der Verkehrsanstalten, zur Förderung von Ackerbau, Viehzucht und Landesmeliorationen in Vorschlag gebracht sind.

Zu besonders begründeter Unterstützung des Staates für die Befreiung aller Provinzen ist schon im Vorjahre ein Antrag gestellt worden, um die Fortbildung der Eisenbahnen bis zu einem für die heutigen Bedürfnisse ausreichenden Maße zu erhöhen. Die Vorsehung hat die unzulängliche Freiheit der Bevölkerung, welche in den Verhandlungen des Landtages hervortrat und zu Anträgen über die Beschleunigung der Eisenbahnen führte, ich durch die Ermöglichung möglich gemacht, die Eisenbahnen zu verstaatlichen zu werden. Meine Regierung hat es sich daher angelegen sein lassen, in dem neuen Etat die erforderlichen Mittel in erheblicher größerer Umfang zu stellen, um hier das allseitig gewollte Ziel zu erreichen.

Verkehr stellt der einheitlichen Verwaltung der Staatsbahnen neue und erweiterte Aufgaben. Wunsch ihrer wirksamen Lösung wird die Bereitstellung außerordentlicher Mittel erforderlich, sowohl für eine weitere Ausdehnung des Eisenbahnnetzes als auch für eine den Bedürfnissen des wachsenden Verkehrs entsprechende Ausdehnung der Betriebsmittel der bestehenden Anlagen und des Fuhrparks. Es wird Ihnen dieserhalb eine besondere Vorlage zugehen.

Ueber die Ausführung des Gesetzes vom 13. Mai v. J. durch welches in Verbindung mit den reichen Gaben der Privatwohlthätigkeit die Wägen der durch die Provinzial-Hebungsanstalten in ungenügend herbeigeführten Reichthümern errichtet worden ist, wird Ihnen Rechnung gegeben und zugleich ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch welchen die Ausdehnung des durch jenes Gesetz bewilligten Kredites auch für die durch das Hochwasser im Sommer des Jahres 1888 herbeigeführten Verheerungen ermöglicht wird.

Durch einen Gesetzentwurf über die allgemeine Landesverwaltung und die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden in der Provinz wird die Organisation der Staatsverwaltung auf diesem Gebiete für den ganzen Umfang der Monarchie dem Abschluß unterworfen und zugleich der Weg zur Regelung der Kreis- und Provinzialverwaltung auch in jener Provinz geebnet werden. Hiernach wird Sie eine Reihe wichtiger gesetzgeberischer Arbeiten beschäftigen. Ich gebe der Öffentlichkeit Ausdruck, daß Ihre Beratungen auch in der neuen Session, getragen von patriotischem Geiste und von dem Vertrauen zu Meiner Regierung, dem Wohle des Landes danernd zum Segen gereichen werden.

Die Thronrede wurde an sehr vielen Stellen von lebhaften Beifallsäußerungen der Versammlung unterbrochen. So gleich zum Eingange derselben an der Stelle, an welcher von den ungetrübten Friedensbeziehungen in Europa die Rede war. Auffallend bemerkt wurde allseitig der Passus, betreffend die wachsenden Einlagen in die Sparcassen — er wurde gleichfalls mit Beifall begrüßt. Inneres Bewußtsein jedoch es zum ersten Male, daß an einer so hervorragenden Stelle, wie die Thronrede, dieser Sparvorsatz in so eingehender Weise Erwähnung gefunden. Besonders lebhaft wurde die Aufhebung der Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend die Neuregulierung der Einkommensteuer begrüßt. Auch den durch die Thronrede in Aussicht gestellten wichtigen Gesetzentwürfen zu urtheilen, welche sich so reichlich an alle bedeutenden Gebiete der Staatsverwaltung beziehen, sehen wir einer sehr bedeutsamen und umfangreichen Landtagssession entgegen.

Die Thronrede zur Landtags-Eröffnung, wir konstatiren es mit Genugthuung, enthält keine Wendung, welche den Bemühungen der Parteien Vorwurf leistet, aus König Wilhelm einen Parteimonarchen zu machen. Der Souverän giebt sich als einen König für Alle und bleibt somit den Uebereinstimmungen des Hohenzollernhauses auch in tiefen Punkte treu. Mit nicht geringerer Genugthuung dürfen wir die gleich im Eingange enthaltene Uebereizung des Monarchen verzeichnen, daß wir uns der Hoffnung auf fernere Erhaltung des Friedens mit Vertrauen hingeben können. Angesichts der Gräueltathen, welche sich einige offizielle Organe noch immer mit Vorliebe angelegen sein lassen, ist dieses Wort aus königlichen Munde von durchschlagender Bedeutung.

Die Thronrede glaubt, eine Lösung der wirtschaftlichen Lage der Industrie und der arbeitenden Klassen konstatiren zu können. Alle Beweise dafür giebt sie allerdings nur im Umfange an, daß die Sparcassen-Einnahmen sich im letzten Jahre allein um mehr als zweihundert Millionen erhöht haben. Wie bezagen indeß, daß hier ein unvollständiger Vergleich vorliegt. Denn es ist nicht ohne Ansehen der Sparcassen-Einnahmen, um nicht geringen Theil auf den Rückgang des Zinsfußes im Allgemeinen, auf die zahlreichen Konventionen für funder Staatspapiere und auf jene künstlich geschaffenen Kriegsbefreiungen zurückzuführen, welche es dem kleinen Kapitalisten rüthlich erscheinen lassen, seine Gelder so anzulegen, daß er sie bei eintretenden Katastrophen rasch und ohne besondere Schwierigkeiten flüchtig zu machen vermag. Wenn daher als besonders günstige Thatfache der Umfang angeführt wird, daß sich in den letzten zehn Jahren die Sparcasseneinnahmen verdoppelt, und daß sie im Ganzen auf 2700 Millionen Mark gestiegen sind, so fehlt erstens der Nachweis, daß diese Gelder die Ertragsnisse gerade der arbeitenden Klassen repräsentiren, und zweitens die Antwort auf die Ergänzungsfrage, um wieviel der Gehirg gering verdinglicher Staatspapiere in den streifen der kleinen Kapitalisten abgenommen hat.

Thatsächlich erfreulich ist die Feststellung, daß die Finanzlage des Staates eine günstige ist, und daß demzufolge eine Erleichterung der Steuern und zugleich die Befriedigung dringlicher Bedürfnisse möglich werde. Hierbei begreifen wir mit Freude, daß auch erhöhte Ausgaben im Interesse von Kunst und Wissenschaft, sowie zur Verbesserung der Verkehrsanstalten und zur Förderung landwirtschaftlicher Interessen in Aussicht genommen werden. Bemerkenswerth und beachtend zugleich ist freilich die Thatfache, daß die Thronrede in erster Reihe die Erhöhung der Staatsausgaben anführt. Hierfür werden allerdings sehr konstitutionelle Gründe angeführt, denn diese Erhöhung wird begründet mit den Ergebnissen der letzten Landtagsberatungen, welche die Unzulänglichkeit der Staatsausgaben betonen, und deren Forderungen durch insoweit möglich gewesene nähere Ermittlungen befähigt worden sind. Die Thronrede ver-

schweigt, in welchem erheblicher größerem Umfange diese Mittel jetzt bereit gestellt werden sollen, und wir müssen deshalb, um ein Urtheil gewinnen zu können, die Einzelheiten des Budgets abwarten.

In zweiter Reihe werden die Wünsche und Forderungen der Volkskammern berührt. Zu den Bestrebungen derselben soll eine erhöhte Beitragsleistung des Staates treten. Auch die Ungerechtigkeit soll aufgehoben, durch welche die Volkskammern zu den bisherigen gesetzlichen Beiträgen für die Versorgung ihrer Hinterbliebenen verpflichtet wurden. Damit ist einer langjährigen Forderung der freiwilligen Partei endlich Genüge geschehen. Auch die Alterszulagen der Volkskammern sollen reichlicher bemessen werden, leider aber fehlt jeder Hinweis, daß auch für die Witwen und Waisen unserer Vorkämpfer in ausreichender Weise als bisher gesorgt werden solle.

Gewisse Klagen bezüglich der Stempelsteuer für Pacht- und Miethsverträge u. s. w. sollen durch eine besondere Gesetzesvorlage Abstellung erfahren. Auch damit wird man sich im Prinzip durchaus einverstanden erklären können.

Der wichtigste und einschneidendste Abschnitt der Thronrede beschäftigt sich mit einem neuen Entwurf zur Reform der direkten Steuern. Es sollen die bisherigen Klassen- und die klassifizierte Einkommensteuer in eine einheitliche Einkommensteuer verwandelt werden. Hiervon hofft man den Minderbegüterten eine Erleichterung gewähren zu können, während eine gerechtere Veranlagung durch Einführung eines Deklarationszwanges angebahnt werden soll. Der Zweck dieser Reformen, die Minderbegüterten zu entlasten und die Besitzstimmten durch den in anderen deutschen Bundesländern bereits bestehenden Deklarationszwang scharfer zu den Staatslasten heranzuziehen, wird auch auf liberaler Seite nur gebilligt werden können, und wir insbesondere haben der Einführung der Deklarationspflicht das Wort geredet. Allein es wird hierbei besonders darauf zu achten sein, daß die „gerechtere Vertheilung“ der Steuerlast nicht in eine stärkere Anziehung der Steuerzahler und somit in eine Steuervermehrung sich ausmaße. Das einfachste Mittel, die Einkommensteuer zu einer beweglichen zu gestalten und ihren Procentsatz jedes Jahr nach den wechselnden Bedürfnissen des Budgets zu bemessen, findet leider in der Thronrede keine Erwähnung. Der Volkserreiter im Landtage erwacht daran die heilige Verpflichtung, diese Forderung anzuschließen. Freilich dürfen wir bei der gegenwärtigen Zusammenhangigkeit des Hauses der Abgeordneten kaum mit Ueberflüssigkeit darauf rechnen, daß dieses einfache Mittel gebührende Berücksichtigung finde, und deshalb stehen wir der geplanten Steuerreform mit unvortheilhaften Misstrauen gegenüber.

Die Ergebnisse des verstaatlichten Eisenbahnwesens werden von der Thronrede mit Genugthuung verzeichnet. Die Thronrede erkennt ohne Umschweife die Berechtigung aller jener Klagen an, welche über die mangelhaften Betriebsbedingungen, namentlich aber die wenig ausgiebige Leistungsfähigkeit der baulichen Anlagen und des Fuhrparks gerade in jüngerer Zeit laut geworden sind. Der König verpricht Abstellung aller dieser Uebelstände durch Bereitstellung außerordentlicher Mittel und schlägt so öffentlich allen Offizieren ins Gesicht, welche noch erst in jüngerer Zeit in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und ähnlichen Blättern die Stills halten, das Zahndendel seiner Mängel überhaupt zu leugnen oder doch die Dringlichkeit einer Abhilfe der Klagen in Abrede zu stellen. Dieser Passus der Thronrede ist als ein Sieg der Stimme unserer öffentlichen Meinung über die Erbweisheit der Bürokratie am grünen Tische freudig zu begrüßen, und das Demotiv, welches unsern Eisenbahn-Optimisten von so autorisierter Stelle aus zu Theil wird, mag auch in künftigen Fällen, wir wollen es wenigstens hoffen, als eine beherzigenswerthe Lehre betrachtet werden. Die Thronrede spricht ausdrücklich von einer „ungeahnten Höhe“, zu welcher sich der öffentliche Verkehr entwickelt habe, und es freut uns, daß diese Ahnungslosigkeit der betreffenden Behörden in diesem wichtigen Augenblicke ihre öffentliche Korrektur erfährt. Die Thronrede spricht nicht von dem großen Uebelstande des Eisenbahnnetzes, auf welche doch in hervorragender Weise unsere ganz günstige Finanzlage zurückzuführen sein dürfte. Deshalb wird auch schmerzliche Reue demnach vermehrt, welche darauf hinzudeutet, diese Uebelstände zum Anlaß einer Herabsetzung der Eisenbahntarife zu nehmen, und gern hätte man jedenfalls das Versprechen gesehen, daß ein Theil dieser Uebelstände zur Verbesserung der Lage der Eisenbahnbeamten, namentlich des Unterpersonals, verwendet werden solle. Hier bleibt also der Forderung der Regierung noch Manches nachzutun übrig.

Die Thronrede bezieht dann noch kurz die durch die Jahresabschlussrechnung herbeigeführten Hoffnungen und stellt einen Gesetzentwurf in Aussicht, welcher die Verwendung der für diese Heimgeländchen bewilligten Kredite auch auf jene Verdrängungen ausbeutet, die durch das Hochwasser im Sommer 1888 herbeigeführt worden sind.

Schließlich wird noch des Gesetzentwurfs gedacht, der die Verwaltungs- und Verwaltungsgerichts-Verfahren für die Provinz Polen regelt und so diesen Theil der Selbstverwaltung für die Gesamtmonarchie zum Abschluß bringt. Die immer allgemeiner werdende Forderung einer Landtageneinde-